

Vossener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Verleger: J. Neubeck & Co. in Berlin, Unter den Linden 14.

Abonnements-Preis: 12 Ngr. pro Quartal.

Nr. 425.

Montag, 22. Juni. (Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 2 Gr. die sechs-spaltige Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten...

1874.

Amtliches.

Berlin, 20. Juni. Der König hat dem Geheimen Hofrath im Ministerium des Königl. Hauses und ersten Kron-Trefferer Müller den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife...

Der Reichs-Ingenieur hat auf Grund des § 21 der Schiffsvermessungs-Ordnung vom 5. Juli 1872 (R. G. Blatt S. 270) den Kaiserlichen Geheimen Admiraltitäts-Rath a. D., Eberghagen von der Stellung als Inspektor zur Verfügung...

Telegraphische Nachrichten.

Embs, 20. Juni. Der Kaiser erfreut sich fortwährend des besten Wohlseins. Derselbe besucht regelmäßig die Brunnenpromenade und nimmt täglich den Vortrag des Zivil- und Militärkabinetts...

Bremen, 20. Juni. Der Kronprinz des deutschen Reichs und von Preußen, der bei dem gestrigen Besuche der landwirtschaftlichen Ausstellung hauptsächlich die ausgestellten lebenden Thiere besichtigte...

Ich trinke auf das Wohl der alten und hochansehnlichen freien Reichsstadt, in deren gastlichen Mauern wir weilen. Besondere Freude und Genugthuung gewährt es mir, daß hier an einer der ersten und blühdendsten Städten deutschen Handels und Verkehrs der Gedanke...

Preußen hat heute Vormittag dem Gottesdienste in der Domkirche St. Petri beigewohnt und um 11 Uhr die Rückreise nach Potsdam angetreten.

Stuttgart, 20. Juni. Der Landtag ist heute Vormittag um 11 Uhr durch eine Thronrede des Königs geschlossen worden.

Unter Hinweisung darauf, daß der Landtag in einer denkwürdigen, von weltgeschichtlichen Ereignissen bewegten Zeit seine Thätigkeit begonnen habe, dankt die Thronrede demselben für die patriotische Zustimmung zu den, zur Herstellung eines durch Kaiser und Reich vereinigt Deutschlands abgeschlossenen Verträgen...

Wetz, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses interpellirte Tizza das Ministerium über den neuerlich unerwartet eingetretenen Personenwechsel im Kriegsministerium und darüber, daß die kaiserlichen Handschreiben über Entlassung des seitherigen und Ernennung des neuen Kriegsministers von keinem Mitgliede des gemeinsamen Ministeriums kontrahirt gewesen seien...

Brüssel, 20. Juni. Das Journal „Nord“ veröffentlicht den Wortlaut des Entwurfs, welcher dem zur Berathung eines neuen Kriegsvölkerrechts hier zusammentretenden internationalen Kongress vorgelegt werden wird. Der Entwurf ist in einzelne Kapitel geschieden und behandelt in diesen Hauptabtheilungen: Die militärische Autorität in Feindes Land, den Unterschied zwischen Soldaten und Nichtkombattanten...

Haag, 20. Juni. Die Berathung des Marinebudgets, welche heute in der zweiten Kammer stattfinden sollte, ist dem Wunsche des Ministeriums gemäß auf nächsten Montag verschoben worden. Dem Vernehmen nach hätte das Ministerium in Folge des gestrigen Kammervotums über Herabsetzung des Wahlzensus die Absicht, um seine Entlassung nachzusuchen. Man glaubt, daß in der Montagssitzung der zweiten Kammer von der Regierung bezügliche Mittheilungen gemacht werden dürften.

Genf, 20. Juni. Heute ist hier die erste Nummer der von Henri Rochefort herausgegebenen „Nothen Laterne“ erschienen.

Verfaillies, 20. Juni. [Nationalversammlung.] Bei der fortgesetzten Debatte über den Gesetzentwurf betreffend die Organisation der Municipalbehörden stellte der Deputirte Clapier einen Antrag, der darauf hinausgeht, daß das Gesetz, durch welches die Ernennung des Maires der Regierung übertragen wird, noch fernere zwei Jahre in Gültigkeit bleibe. Der Minister des Innern, Fourton, erklärte sich mit diesem Antrage einverstanden...

Madrid, 20. Juni. Nach hier vorliegenden Nachrichten konzentriren sich die in der Mancha befindlichen Carlisten in der Nähe von Maestrazgo, während die hispanischen Carlistenabtheilungen die Marschrichtung nach Estella eingeschlagen haben. Dem Vernehmen nach haben die Carlisten auch mehrere schwere Geschütze, die ihnen von auswärts zugegangen sind, nach Estella mitgenommen.

London, 20. Juni. In der heutigen Sitzung des Unterhauses erklärte der Unterstaatssekretär im Departement des Auswärtigen, Sir R. Bourke, auf eine Anfrage Sir P. O'Brien's, bei den zwischen Brasilien und der argentinischen Republik entstandenen Differenzen sei weder von der brasilianischen, noch von der argentinischen Regierung eine Vermittelung seitens Englands nachgesucht worden. England sei bereit, eine solche Vermittelung eintreten zu lassen, sobald nur seine guten Dienste in Anspruch genommen werden sollten.

Der Deputirte für Limerick, Sir J. Butt, hat angezeigt, er werde am 30. d. M. eine Resolution des Inhalts im Unterhause einbringen, daß es angemessen und billig und recht sei, der irischen Nation das Recht zur Verhandlung über ausschließlich irische Angelegenheiten in einem irischen Parlamente zurückzugewähren.

alle das Gesamtreich betreffenden Angelegenheiten dem Reichsparlamente vorbehalten blieben.

Bei der Neuwahl zweier Parlamentsmitglieder für North Durham haben die Konservativen einen Sitz gewonnen. — Die Arbeitseinstellung von 7000 Kohlenarbeitern in Cleveland ist beendet, da die Arbeiter auf die Lohnherabsetzung von 12½ auf 10 pCt. eingegangen sind.

Kopenhagen, 20. Juni. Der König hat das Demissionsgesuch des Finanzministers Krieger genehmigt und den Konseilspräsidenten, Grafen Holstein v. Holsteinborg, interimistisch mit Wahrnehmung der Geschäfte des Finanzministers beauftragt.

Konstantinopel, 20. Juni. Der Großvezir hat heute Vormittag die Kirche des heiligen Erklöfers den Antihassunisten übergeben lassen.

Washington, 20. Juni. Der Senat und das Repräsentantenhaus haben das Gesetz über die Ausgabe von Papiergeld angenommen.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 21. Juni.

Fürst Bismarck wird, wie bereits gemeldet, hier von Barzin Anfang nächster Woche erwartet, um sich alsdann nach Riffingen zu begeben. Sein ältester Sohn, Graf Herbert Bismarck, zur Zeit der preussischen Gesandtschaft in Dresden attachirt, wird ihn zur Wahrnehmung der persönlichen Dienstgeschäfte begleiten. Während seines Aufenthaltes hier selbst wird der Reichskanzler nur die dringendsten amtlichen Angelegenheiten erledigen, da alle größeren Fragen, wie die Neubestellung des landwirtschaftlichen Ministeriums, die Kreisung des Reichssekretärs und die Errichtung eines Reichs-Justizamtes vorläufig vertagt sind.

Wie man aus Wien erfährt, wird wahrscheinlich während der Anwesenheit unserer Kronprinzlichen Familie auf der Insel Wight auch die Kaiserin Elisabeth von Oesterreich dort eintreffen. Dieselbe gedenkt Ende dieses Monats auf etwa drei Wochen nach Ischl zu gehen und darauf gegen Ende des Monats Juli sich mit ihrer Tochter, der Erzherzogin Valerie, nach der Insel Wight zu begeben, da der letzteren der Gebrauch eines englischen Seebades verordnet worden ist.

Die große außerordentliche evangelische General-Synode für die älteren Provinzen Preußens, welche die Aufgabe haben wird, auf Grund eines ihr vorzulegenden Entwurfs die definitive Ordnung einer General-Synode für die evangelische Kirche der älteren Provinzen der Monarchie zu beraten, wird nach der „Mitt. Ztg.“ ein kleines Parlament darstellen und aus etwa 210 Mitgliedern bestehen, welche sämmtlich, soweit sie nicht am Sitzungs-Orte (Berlin) wohnhaft sind, Tagegelder und Reisekosten beziehen werden. Als Kommissarius des obersten Bischofs der evangelischen Kirche, des Königs von Preußen, wird der Präsident des evangelischen Oberkirchenraths, Professor Dr. Herrmann, fungiren.

Die „A. Ev.-luth. Kirchenzeitung“ schreibt: Man will statistisch festgestellt haben, daß, wenn die theologischen Fakultäten an den deutschen Universitäten noch ein volles Jahrzehnt so wenig zahlreich bleiben, wie in den beiden letzten Jahren, im Jahre 1885 nur noch die Hälfte der Pfarrstellen überhaupt wird besetzt werden können.

Der Katholikentag in Mainz hat mit einer Wallfahrt auf die Rochuskapelle bei Bingen sein Ende gefunden, nachdem er noch auf das an den Papst abgesandte Ergebnistelegamm folgende Erwiderung erhalten hat: „Baron Felix v. Vos und Nicolas Rade. Der h. Vater spricht dem deutschen Katholikentag in Mainz seinen lebhaftesten Dank aus und sendet ihm von ganzem Herzen seinen väterlichen Segen. S. Kardinal Antonelli.“ — Sämmtliche Mitglieder des Vorstandes sind übrigens wegen eines an die Katholiken Deutschlands erlassenen Aufrufs vor das Zuchtpolizeigericht in Aachen geladen.

Die Reihe, verhaftet zu werden, scheint unter den deutschen Bischöfen zunächst den von Kilm, v. d. Marwitz, treffen zu sollen. Wie die „Mitt. Ztg.“ meldet, ist vor einigen Tagen ein Schreiben des Appellationsgerichts Marienwerder nach Elbing gelangt, worin das Direktorium des Kreisgerichts zur Anzeige darüber aufgefordert wird, welche Räumlichkeiten zur Unterbringung des Herrn v. d. Marwitz im Kreisgerichtsgefängnisse disponibel und welche Einrichtungen zu diesem Behufe zuvor noch zu treffen seien. Von der Antwort des Kreisgerichts-Direktoriums wird es abhängen, ob Herr v. d. Marwitz die verwirkten Gefängnisstrafen in Elbing abbüßt. Das erste Anrecht auf ihn hat das Kreisgericht in Br. Stargardt. Die Gefängnisräumlichkeiten desselben mögen aber wohl nicht für so vornehme Gefangene eingerichtet sein.

Auch in der Provinz Hannover wird jetzt mit der Beschlagnahme des Vermögens solcher Pfarren, welche ungesetzlich besetzt worden sind, vorgegangen. Das amtliche Verordnungsblatt der Landdrostei Hildesheim veröffentlicht eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten Grafen Eulenburg, wodurch die katholische Pfarrstelle in Grasdorf, zur Diözese des Bischofs von Hildesheim gehörig, unter Sequestration gestellt und der Amtshauptmann Freiherr v. Wrede zum Kommissarius für die Verwaltung des Vermögens der Stelle ernannt ist.

Ueber den seitens der Staatsregierung gehegten Plan einer gesetzlichen Regelung des Begräbniswesens sind im Kultusministerium gutachtliche Äußerungen der Ober-Präsidenten eingegangen.

Danach kommt es bei dieser Regelung besonders darauf an, ob die Verpflichtung zur Anlegung von Kirchhöfen den bürgerlichen Gemeinden, oder den Religionsgesellschaften aufzuerlegen, ob und unter welchen Voraussetzungen den einzelnen Gemeinden die Anlegung eines neuen Begräbnisplatzes, unter gleichzeitigem Ausschneiden aus der bisherigen Gemeinschaft, freistehen soll, ob und unter welchen Bedingungen den Religionsgesellschaften die Anlegung unkonfessioneller Friedhöfe zu gestatten, und welche Anordnungen auf den Kirchhöfen der Zivilgemeinden mit Rücksicht auf den Kultus der verschiedenen Religionsgesellschaften zu treffen sind, ferner welche Organe die Verwaltung der Kirchhöfe bürgerlicher und kirchlicher Gemeinden zu leiten haben, ob Einschränkungen in Betreff des Plazes bei Selbstmördern zc., insbesondere auf den konfessionellen Friedhöfen betzubehalten sind und wem eventuell die Entscheidung in den einzelnen Fällen gebühren soll. Außerdem wird geregelt werden: die Zulassung der Mitwirkung der Geistlichen anderer Religionsgesellschaften auf konfessionellen Begräbnisplätzen, die Dauer des Beerdigungsrechts und die Zulässigkeit eines Wiederkaufs der Ruhestätten, die Veräußerung, Teilbarkeit und Vererbung der Erbbegräbnisse, der Umfang des Benutzungsrechts der Grabstellen, die Errichtung von Grabmätern zc. und die Begräbnisgebühren.

Breslau, 20. Juni. Nach einem hier eingetroffenen Telegramm des Kronprinzen hat derselbe die Einladung des Oberbürgermeisters und des Vorstandes der Stadtverordneten zu einem ihm zu Ehren seitens der Stadt Breslau veranstalteten Feste, welches am Sonntag den 28. d. Abends stattfinden soll, angenommen.

Darmstadt, 20. Juni. Der Kaiser von Rußland ist gestern Abend in Jugenheim eingetroffen und auf dem Bahnhofe von der Kaiserin Maria, dem Großherzog Ludwig, sowie sämtlichen Mitgliedern der großherzoglichen Familie empfangen worden.

Paris, 20. Juni. In politischen Kreisen wird heute der Austritt des Finanzministers Magne besprochen. Die Verwerfung der von ihm vorgeschlagenen Steuerzuschläge macht neue Kombinationen nöthig und Herr Magne will von solchen nichts hören. Der Eigensinn des Finanzministers setzt seine Kollegen in einige Verlegenheit, denn sein Rücktritt könnte eine gänzliche Zerfetzung des Ministeriums zur Folge haben. Die Stellung des Herrn de Fourtou ist ebenfalls erschüttert. Die drei Gruppen der Linken sind gegen diesen Minister des Innern sehr aufgebracht und ein Theil der Gruppe des Herrn Boulard und der des Herzogs d'Audiffret-Pasquier würde ganz gern helfen, Herrn de Fourtou zu stürzen. Die Minister des Marschalls sind überhaupt nicht geeignet, dem „persönlichen Septennium“ großes Ansehen zu verleihen. Die Wahlumtriebe in der Nièvre, wie Herr Girard sie signalisiert hat, stellen Herrn Magne bloß; eine Abstimmung thut dasselbe für Herrn Tailhand, ein Gesandter kompromittirt Herrn Decazes, und so fort Tag auf Tag. Der Marschall scheint das nicht zu bemerken oder will es nicht bemerken. Es ist eben eine ganz neue Art von Regierung, die aber mehr seltsam als kräftig ist. Dieses „persönliche Septennium“ ist jedoch das Ideal des Herrn Batbie und seiner Genossen von der Dreißiger-Kommission. Diese neigen sich der Vorlage von Lambert Sainte-Croix zu, welche von Herrn de Broglie inspirirt worden ist, und möchten gern den Art. 1 des Antrages Perier umgehen.

Verfaillies, 19. Juni. Ueber die letzten Verhandlungen des Dreißiger Ausschusses werden ausführliche Berichte veröffentlicht, denen wir Folgendes entnehmen:

Nachdem der Präsident Batbie der Kommission die an sie verwiesenen Entwürfe der Herren Casimir Perier, Lambert de Sainte-Croix und Wallon mitgeteilt hatte, sprach er die Ansicht aus, daß man nicht allein über den Antrag Perier, sondern auch über die Anträge von Wallon und Lambert de Sainte-Croix berathen müsse. Combiere (Rechte) hält den Antrag Wallons nur für eine Konsequenz des Perier'schen Antrages; die Dringlichkeit könne deshalb keine Anwendung auf ihn finden, zumal man sie nicht von der Versammlung verlangt habe. Anders verhalte es sich mit dem Antrage von Lambert de Sainte-Croix. Dufaurer weist darauf hin, daß die Dringlichkeit allein für den Antrag Perier beschloffen wurden; dieser müsse also zuerst geprüft und ein besonderer Bericht darüber gefaßt werden, da die National-Versammlung wünsche, daß die Kommission sofort Bericht erstatte, ob der Antrag Perier ihren Arbeiten zu Grunde gelegt werden könne. Der Ausschuss sei indessen durch nichts gebunden und könne in seinem Bericht die Grundlagen anderer Anträge, namentlich die der Herren Lambert de Sainte-Croix und Wallon, mittheilen; es stehe in seinem freien Ermessen, die Vor schläge Periers abzuändern oder ganz zu verwerfen. — Herr v. Rerdrel (Rechte) hat dem Ausschuss einen Vorschlag zu machen. Er glaubt nicht, daß dem Lande an der Einsetzung der Republik gelegen sei, sondern ist überzeugt, daß ihm nur darum zu thun ist, eine Gewißheit über die Staatsform zu erlangen. Würden die Grundlagen des Antrages Perier angenommen, so sei eine republikanische Verfassung unvermeidlich. Die Republik der Herren Dufaure und Laboulaye einerseits und diejenige des Herrn Gambetta andererseits hätten aber so wenig mit einander gemein, daß ein Zusammengehen unmöglich wäre. Die Monarchie habe auch keine Aussicht, von der Nationalversammlung proklamirt zu werden und so bliebe kein anderer Ausweg, als ausschließlich sich auf den Boden des 29. Novr. zu stellen, und auf diesem Boden der Organisation der Gewalt des Marschalls könne man die konstitutionellen Gesetze in Angriff nehmen, namentlich das Gesetz Bet-ess's einer ersten Kammer. — Dufaurer erinnert Rerdrel an die im Gesetze vom 13. März angeordnete Uebertragung der Gewalt. Man müsse sofort zur Prüfung des Antrages Perier schreiten, welchen zu amendiren die Kommission befugt sei. Der Antrag umfaßt drei Punkte: eine Definition der Regierung der französischen Republik, die Bestätigung des Gesetzes vom 20. November (Septennat Mac Mahons) und das Revisionsrecht. Frankreich bedürfe im Interesse seiner inneren Ruhe und seiner Würde dem Auslande gegenüber einer definitiven Regierung und es könnte nichts Besseres thun, als der gegenwärtigen Regierungsform treu zu bleiben. Von der Kommune abgesehen, welche nicht der Republik zur Last gelegt werden dürfe, habe keine der früheren Regierungen während der drei ersten Jahre ihres Bestandes Frankreich so ruhig gelassen, wie gerade die Republik, welche zugleich den Frieden mit dem Auslande sicherte. Sei sie einmal definitiv eingesetzt, so könne ihr die Unterstützung aller Konterpartien nicht fehlen. Die zuverläßigste Stütze finde sie aber in dem Zweikammer-System und in einem von Allen anerkannten und geschätzten Oberhaupt der anstehenden Gewalt. Das Revisionsrecht endlich werde zu erlangen, um für die Zukunft dem Gewissen auch die leisesten Bedenken zu nehmen. Ein Antrag, der alle diese Bedingungen in sich vereinigt, scheine eine günstige Aufnahme zu verdienen. — Herr v. Rerdrel erinnert daran, daß Herr Thiers gesagt hat, die Republik arte stets in Umlagerungen oder in Umlösungen aus, und will den Grund der Sympathie, welche die auswärtigen Regierungen der französischen Republik bezeugen, darin sehen, daß die republikanische Regierungsform den Angriffen der Gegner mehr Blößen biete als die monarchische. — Antonio Lesobres (Rechte) (rechtes Zentrum) ist dem Antrage Perier günstig; glaubt aber, daß ihm einige Bestimmungen des Antrages des Herrn Lambert de Sainte-Croix beigefügt werden sollten, so z. B. diejenigen, welche dem Marschall Mac Mahon das Recht verleihen, die Abgeordneten-Kammer aufzulösen und einen Theil des Senats zu ernennen. Er hält es für ziemlich gleichgültig, ob man die Republik oder die konstitutionelle Monarchie habe, sofern nur die konterpartive Partei herrsche. Er

für seine Person hätte eine konstitutionelle Monarchie vorgezogen; die Monarchie sei heute aber nicht möglich. Die Versammlung habe durch die Verwerfung des Antrages Larochefoucauld betreffs der Wiederherstellung der Monarchie erklärt, daß sie dieselbe nicht gründen wolle oder könne. Man müsse daher die Republik organisiren, indem man das Revisionsrecht für den Fall vorbehalte, daß die Republik scheitere und die Monarchie möglich werde. Herr v. Cézanne (linkes Zentrum) erklärt die historischen Gründe, welche man gegen die Republik vorgebracht, nicht für stichhaltig. Selbst die Kommune sei kein Beweis gegen dieselbe. Diese sei die natürliche Frucht der Invasions und der Belagerung gewesen. „Mit Klagen, Glaubensartikeln und Darlegung von Grundsätzen, fährt er fort, wird nichts aufgebaut. Sie selbst geben zu, daß die Monarchie unmöglich ist; folglich müssen wir auf einen anderen Ausweg fassen. Wir wollen keine andere Republik als diejenige, welche Sie selbst gründen helfen werden, keinen anderen Präsidenten, als den von Ihnen gewählten, den wir redlichen und aufrichtigen Sinnes angenommen haben. Er ist nicht das Oberhaupt einer Partei, sondern der Präsident der Republik, der die Fahne Frankreichs emporhält; Sie sitzen zu seiner Rechten, wir zu seiner Linken, aber ein gleiches Gesetz bindet, ein gleiches Gefühl befeuert uns: die Liebe zum Vaterlande! Wir machen Ihnen große Zugeständnisse, wir wenden nichts dagegen ein, daß in sieben Jahren eine Totalrevision der Verfassung stattfinde; nur wollen wir zu einem Staatsstreich, zu anarchoischen Zuständen nicht die Hand bieten und feststellen, daß wenn bis dann keine andere Lösung bereit ist, die Republik auch ferner fortzudauern wird. Der Haß Mancher gegen die Republik geht so weit, daß sie sich dem nicht weniger verhassten Kaiserreich in die Arme zu werfen anstehen. Das Kaiserreich, eine Diktatur mit einem Kinde an der Spitze ist aber ebenso unmöglich, wie die Monarchie, und nur die Republik mit dem Marschall Mac Mahon als Präsident steht uns noch offen.“ — Lambert de Sainte-Croix (rechtes Zentrum) vertheidigt seinen Antrag, das Septennat durch Verfassungsgeetze zu befestigen. Er hält es für dringlich, daß die von Perier aufgeworfenen Fragen gelöst werden. Er stellt sich in das juste milieu und sagt den Monarchisten: Ich bin einer von denen, welche die Niederlage unseres Versuchs zur Herstellung der Monarchie bedauern, aber ich glaube nicht, daß wir heute die Monarchie herstellen können. Den Republikanern sagt er: Das Regime, unter welchem wir leben, war bis zum 20. November 1873 ein provisorisches, aber das Land weiß, daß es für sieben Jahre an seiner Spitze einen Mann hat, dem es vertraut. Warum verlangen Sie, daß man eine Revolution macht? Erhalten wir den Marschall mit seinem Titel eines Präsidenten der Republik; geben wir ihm zwei Kammern, die vereint das Revisionsrecht haben. Sie wollen uns zwingen, weiter zu gehen. Sie hoffen, daß wir den Eid der Regierung leisten, die Sie proklamiren wollen. Chesnelong (linker Kohalt) hält es unter seiner Würde, den Antrag Periers einer Prüfung zu unterwerfen. Die Republik sei unmöglich. Den Namen könne man beschließen, aber keine republikanische Verfassung herstellen. Die äußerste Linke gestehe der Kammer das konstituierende Recht nicht zu, und es sei daher unmöglich, zu einer republikanischen Lösung zu gelangen. Durch die Proklamirung der Republik beruhige man das Land nicht. Der republikanische Geist existire ohne Zweifel, aber in winziger Minorität. Hinter diesem republikanischen Geist sei die Partei der Revolutionäre. Die republikanische Regierung würde den gewaltthätigsten Fraktionen der Demagogie auf Gnade oder Ungnade überliefert sein. — Nach dieser Rede wird die Sitzung aufgehoben; die nächste Sitzung findet Freitag, 19. d. M., statt.

Rom, 18. Juni. Der neue pariser Nuntius Monsignore Meglia hat unter Andern auf ausdrücklichen Befehl des Papstes vom Kardinal Antonelli die Weisung erhalten, den Franzosen auch äußerlich die traurige Lage, in welcher sich das Oberhaupt der katholischen Kirche befindet, zu erkennen zu geben. Er soll daher allen Pomp vermeiden, nicht Pferde und Wagen und eine zahlreiche Dienerschaft halten und wie sein Vorgänger, der Kardinal Chigi, luxuriöse Gastmähler geben und glänzende Empfangsabende abhalten, ja nicht einmal Einladungen zu solchen folgen, ausgenommen, wenn sie von Seiten des Präsidenten der Regierung von Frankreich kommen, und dann soll er sich, um ihnen nachzukommen, nur eines einfachen Mietswagens (ohne gallonirte Bedienten) bedienen. Das „Popolo Romano“ glaubt, daß Herr Meglia diesen Anweisungen um so pünktlicher nachkommen wird, weil sie seinem zu großer Einfachheit und Sparsamkeit geneigten Charakter vollkommen entsprechen.

Prinz Humbert und die Prinzessin Margarethe und der kleine Prinz erfreuen sich des besten Wohlseins in Monza. Dieser Tage wird sich auch die Herzogin von Genua, Mutter der Prinzessin Margarethe, dahin begeben, um nach einigen Tagen Aufenthalt nach Deutschland zu reisen, wo sie ihrem Bruder, dem Könige von Sachsen, einen Besuch machen will.

Gestern Abend war der römische Bahnhof von der gewähltesten Gesellschaft besucht, welche dort zusammenkam, um von Herrn und Frau Minghetti Abschied zu nehmen. Sie reisen nach Wien, um ihre Tochter zu besuchen und mit ihr in ein süddeutsches Bad zu gehen. Der Ministerpräsident wird jedoch nach etwa vierzehntägiger Abwesenheit wieder nach Rom zurückkehren. Auch Herr und Frau v. Reubell waren unter den Abschiednehmenden und überreichten Frau Minghetti ein herrliches Blumenbouquet. — Im Golfe von Spezia werden Schießversuche mit Granaten angestellt, die mit einem neuerfundnen Pulver von ungeheurer Kraft gefüllt sind. Alle Autorkitäten im Marine- und Artilleriefach sind zu den Versuchen eingeladen.

London, 19. Juni. Henri Rochefort, der heute hier angekommen ist, kann das Vergnügen haben, über sich in den verschiedenen Blättern Leitartikel zu finden. Die Rektüre dürfte für ihn nicht die erbaulichste sein, denn man kann nicht sagen, daß die englische Presse ihm Komplimente macht. Hier und da versteigt sich sogar ein Blatt bis in die Tiefen der Gemeinheit, und diese Blätter dürften den entkommenen Flüchtling am meisten erfreuen, denn sie zeigen, daß hier und da ihn Mancher noch für gefährlich genug hält, um ihn selbst mit Außerachtlassung des Anstands und des Selbstgefühls zu belächeln. Die „Times“ strafft ihn am besten, wenn sie erklärt, daß seine Ankunft keinerlei Aufregung in englischen Kreisen hervorrufen werde. Aber das Weltblatt leugnet nicht, daß sein Wiedererscheinen Einfluß haben könnte auf die aufgeregte Politik Frankreichs. Es gehört, meint das Blatt, nicht allzu viel dazu, um einem Ministerium, wie dem des Generals Ciffey, Verlegenheiten zu bereiten, und „Times“ ist traurig in dem Gedanken, daß Rochefort's gefährliche Popularität hergestellt werden könnte. „Es ist“, schreibt die „Times“, „schrecklich zu denken, daß es wieder einmal Herrn Rochefort zuzufallen könnte, die Seele einer Agitation zur politischen Befreiung seiner Landsleute zu sein; trotzdem, da Frankreich das Land der Ueberrassungen ist, kann dies noch das Schicksal des Exdeputirten für Paris sein.“

Mit unverholnem Triumph steht das bonapartistische Londoner Journal, die „Post“, in dem Votum der französischen Nationalversammlung die logische Folge der Wahl im Niederrhein-Departement und die Furcht der Mehrheit vor dem wachsenden Einfluß der Kaiserlichen, sie hält es nicht für wahrscheinlich, daß eine monarchische gesinnte Majorität eine Republik proklamiren werde. Der beste Ausweg würde nach diesem Blatte die Annahme des Septennats sein. Die Versamm-

lung könne nicht lange mehr existiren und sollte daher ihre letzten Tage anständig sein; sie müsse einsehen lernen, daß das Volk das letzte Wort zu sprechen habe, und daß eine Partei, die sich auf das Volk beruft, nicht von sogenannten Volksvertretern ignorirt werden könne. — Der torfische „Standard“ sieht ebenfalls den Sieg des linken Zentrums als einen höchst problematischen an, wenn überhaupt von einem Siege die Rede sein könne, wo keine geschlagene Partei existire. Auch ihm ist die Annahme des Septennats der wahrscheinlichste Ausgang. Der „Telegraph“ sieht in dem Umstande, daß ein republikanischer Antrag mit einer Majorität von nur vier Stimmen einen Ausschuss zu sofortiger Ermägung überwiegen wird, nichts von großer Bedeutung, zumal diese Majorität aus einer Vereinigung von Politikern besteht, die nicht lange wahren könne. Viel wichtiger ist ihm die entschiedene Zurückweisung des Antrages zu Gunsten der Monarchie, wenn man obendrein die große Anzahl der Dagegenstimmenden und den Charakter der Kammer im Auge behalte. Fast möchte das Blatt glauben, daß die Abstimmung vom 15. Juni jeglicher Restauration der Bourbons, unter welcher Form, Flagge und Versprechung immer, den Todesstoß versetzt habe. Im Uebrigen hat „Telegraph“ gute Hoffnung, daß die Republik, einmal proklamirt, wenn sie sich gut aufführe, schon in Jahren kommen könne.

Kopenhagen, 18. Juni. Der Kronprinz hat das Uebungslager bei Hald am 15. d. M. mit folgendem Armeebefehl eröffnet:

Laut dem mir von Sr. Majestät dem König, meinem königlichen Vater, ertheilten Befehl übernehme ich hiermit das Kommando über die Lagerdivision und sage den hier versammelten Truppen ein aufrichtiges Willkommen. Ich freue mich herzlich darüber, jetzt nach Verlauf von mehreren Jahren wieder in den Reihen der Armee zu wirken, wodurch einer meiner höchsten Wünsche erfüllt worden ist. Wäge die Zeit, während welcher wir zusammen im Lager arbeiten sollen, allen Befehlshabern und Untergebenen von Nutzen sein, möge jeder durch strenge Beobachtung der Disziplin und treue Pflichterfüllung sich für seinen Beruf tüchtig zu machen, dann wird auch das Ziel unseres gemeinschaftlichen Strebens, die Kampftüchtigkeit des Heeres, erreicht werden.

lokales und Provinzielles.

Posen, 22. Juni.

— Zur Aufnahme des Weihbischofs Janiszewski, dessen Verhaftung in den nächsten Tagen bevorsteht, soll der „Germania“ zufolge das Gefängniß in Koschmin außersehn und demgemäß eingerichtet worden sein.

— Ueber den von uns vor einigen Tagen nach dem „Kurier Boznansti“ gemeldeten Vorfall in Ostrowo giebt eine Korrespondenz der „Germania“ von dort folgende Aufklärung:

„Wegen eines Vergehens gegen die Maigesetze war der Herr Erzbischof neulich noch zu Taufend Thaler Strafe verurtheilt. Da die Exekutionen in Posen bereits erschöpft waren, erging von dort aus an das hiesige Kreisgericht die Aufforderung, bei dem Herrn Erzbischof selbst nach Pfändungsobjekten zu suchen. In Folge dessen erschien am Montag den 15. Juni der Exekutor M. im hiesigen Kreisgerichtsgesängniß und wurde nach Vorzeigung des posener Requisitionsscheines in die Zelle des Herrn Erzbischofs geführt. Nachdem er demselben seinen Auftrag mitgeteilt, öffnete er den einigigen dort befindlichen Schrank, um nach Pfändungsobjekten zu suchen. Natürlich wurde nichts gefunden, was zu pfänden war. Auf die Frage des Exekutors, wessen Eigentum die Möbel seien, wurde erwidert, sie gehörten dem Fiskus zc. Nachdem sich so der Exekutor unverrichteter Sache entfernt hatte, erschien er eine Stunde später nochmals im Gefängniß, um das bischöfliche Kreuz und den Ring, den er am Herrn Erzbischof bemerkt hatte, zu inspiziren. Da er aber zum nochmaligen Eintritt keinen besonderen Auftrag hatte, wurde er zum Herrn Erzbischof nicht mehr zugelassen.“

— Zur Ausführung der Kirchengehete. In diesen Tagen übernahm der Landrath v. Massenbach die Verwaltung über die durch den Tod des Propstes Symoniewicz erledigte Pfarrei Sobote. Die Prospekt wurde verpackt; die Kirche geschlossen; dasselbe geschah mit der Prospekt und Kirche zu Dusznik.

Der allgemeine Männergesangsverein hatte gestern einen Ausflug nach dem Gorka-See bei Moschin veranstaltet. Ein Ertrag, welcher von hier 9 Uhr Vormittags abging, führte die ca. 300 Fest-Teilnehmer nach Moschin, wo bereits zahlreiche, mit Laub geschmückte Wagen zur Weiterbeförderung der Frauen und Kinder zc. bereit standen. Von Moschin ging es in langen Zuge, voran die Fufarekappelle und die Sänger durch Moschin und die Berge hinauf in den Wald und an den Gorka-See, an dem der schönste Platz schon am Tage vorher von der Veranlagungskommission des Vereins in Beschlag genommen worden war. Nachdem auf dem grünen Rasen großes Frühstück abgehalten worden war, für welches sowohl die einzelnen Festmitten durch Selbstverproviantirung, als auch einige hinzugekommene Restaurateure in reichem Maße Sorge getragen, wurde eine Kabuffahrt nach der im See reichend gelegenen Insel unternommen. 3 Uhr Nachmittags begann das Konzert, wobei Gesangsvorträge der Sänger unter Leitung des Musiklehrers Stiller mit Musikstücken der Fufarekappelle abwechselten. Dazwischen wurden Gesellschaftsspiele arrangirt und nach dem Konzert ein Tänzchen im Freien gemacht. Nach 7 Uhr Abends begann der Ausbruch nach Moschin, während Viele noch zurückblieben und erst zum letzten Zuge, welcher nach 10 Uhr von Moschin abfuhr, dort eintrafen. Der Ertrag mit der Mehrzahl der Fest-Teilnehmer ging kurz vor 9 Uhr Abends nach Posen ab.

Die falschen preussischen Zehnhalercheine (Banknoten), deren gegenwärtig viele in unserer Stadt zirkuliren, unterscheiden sich von den echten vornehmlich durch folgende Kennzeichen: Während bei den echten der auf der Vorderseite, linker Hand, befindliche Kontrollstempel (grüner Adler auf schwarzem Grunde) scharfe und bestimmte Zeichnung aufweist, ist die Zeichnung bei den unechten Scheinen schmierig und verwischt, der Adler ist unscharf gezeichnet, und der aus den Buchstaben F und R gebildete Namenszug auf der Brust des Adlers zeigt durchaus nicht die Schärfe, wie auf den echten Scheinen. Auf der Rückseite sind die 6 rechteckigen Köpfe, die bei den echten mit der Gütlichdruckmaschine derartig hergestellt sind, daß jede Linie von oben bis unten durchgeht, und durch das Zusammen- oder Auseinanderücken dieser Linien Licht und Schatten, und dadurch das reliefartige Bild erzeugt wird, durchaus inoffekt gezeichnet; während bei den echten Scheinen die Linien in den Rhythmen viele Abweichungen von der Senkrechten zeigen, gehen bei den unechten Scheinen alle Linien in senkrechter Richtung.

Die den Provinzial-Steuer-Direktoren, sowie den Regierungen in Potsdam und Frankfurt a. O. unter Nr. 1 des Erlasses vom 18. März d. J. beigelegte Befugniß zur Annahme junger Leute als Supernumerare bei der Verwaltung der indirekten Steuern ist seitens des Finanzministers v. Löslauig dahin erweitert worden, daß fortan auch solche junge Leute als Supernumerare zugelassen werden dürfen, welche, bei Erfüllung der übrigen dieserhalb vorgeschriebenen Bedingungen, das Zeugniß der Reife aus der Prima eines Progymnasiums oder einer anerkannten höheren Bürgerschule besitzen.

Fraustadt, 20. Juni. [Sommervergnügungen.] Auch bei uns werden jetzt die üblichen Turn- und Kinderfeste abgehalten. Den Neigen eröffnete vom schönsten Wetter begünstigt die Realschule, dieser folgte gestern die höhere Mädchenschule und am 25. d. soll das Kinderfest der hiesigen Elementar- und nächst angrenzenden Dorfschulen

